

## Neues aus den

### Brüsseler Think Tanks

Zentrale Themen der Berichterstattung von Juni bis Oktober 2015 waren Migration, die Ukrainekrise sowie die EU-Russland-Beziehungen. Weitere Themen waren das Referendum über den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU und der Umgang mit Griechenland.

#### 1. Migration

Durch die starke Zunahme der Flüchtlingsströme nach Europa, insbesondere in diesem Jahr, war es der EU bereits im Frühjahr ein wichtiges Anliegen einen europäischen Lösungsweg für dieses Problem aufzuzeigen. Aus diesem Grund entwickelte die Europäische Kommission eine Migrationsagenda, die sie am 13. Mai veröffentlichte.

Die Reaktion der Staats- und Regierungschefs auf diese Agenda der Kommission während des Ratsgipfels im Juni analysiert Yves Pascouau vom [European Policy Centre \(EPC\)](#). In seinem Bericht werden vor allem die zunehmenden Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten deutlich, besonders hinsichtlich des vorgeschlagenen Verteilungsschlüssels. Dabei spielen vor allem die Befürchtung der Mitgliedstaaten, der vorgeschlagene Verteilungsschlüssel werde feste Grundlage einer zukünftigen Änderung der Dublin-II-Verordnung, eine große Rolle. Da weitere Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten zu erwarten seien, schlägt Pascouau die Kriterien der Kommission trotz des Widerstands als Verhandlungsbasis vor. Aufgrund einer weiterhin zunehmenden Flüchtlingswelle sei gerade das Vertrauen in gegenseitige Solidarität für eine langfristig effektive Migrationspolitik wesentlich.

Fabian Willermain vom [Egmont Institute](#) unterstreicht in seinem Artikel zur Migrationsagenda der Europäischen Kommission die

Notwendigkeit sichere und legale Zugangswege für Asylanten zu schaffen. Des Weiteren spricht er sich für ein zentrales Verfahren für die Bearbeitung von Asylanträgen aus. Insgesamt sei es wesentlich zu verstehen, dass Immigration eine Europäische Angelegenheit sei und nur auf dieser Ebene gelöst werden könne. Bei einer gemeinsamen Lösungsfindung sollen sowohl die Herausforderungen und Probleme als auch die Chancen berücksichtigt werden. Daher fordert Willermain nicht nur die Sicherung der äußeren Grenzen der EU, sondern auch die Modernisierung von Systemen wie der 'Blue Card Scheme', um somit als Zuwanderungsdestination attraktiv zu bleiben (gerade in Hinblick auf den demographischen Wandel). In Bezug auf die europäischen Einsätze im Mittelmeerraum stuft er die GSVF-Mission EUNAVFOR MED als kritisch ein und plädiert vielmehr für eine Ausweitung der Mittel der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX.

Fünf Monate nach der Veröffentlichung der Migrationsagenda durch die Europäische Kommission, analysieren Sergio Carrera und Elspeth Guild vom [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#) den vorläufigen Beschluss der EU zur Umverteilung von 120 000 Flüchtlingen, den sie in der kontroversen Flüchtlingsdebatte als „schüchternen Schritt nach vorne“ beschreiben. In ihrem Policy Brief erläutern sie insbesondere die Herausforderungen einer effektiven Umsetzung der Umverteilung. In diesem Zusammenhang werden besonders die Schwächen der Dublin-II-Verordnung, welche weiterhin die Grundlage der Flüchtlingspolitik bleibt, aufgezeigt. Darüber hinaus machen Carrera und Guild darauf aufmerksam, dass viele Mitgliedstaaten die bestehenden europäischen Gesetze über die Aufnahmebedingungen von Asylbewerbern nicht in nationales Recht umgesetzt haben. Daher empfehlen sie u.a. eine stärkere Kontrolle zur Durchsetzung dieser Gesetze und die Entwicklung eines neuen Europäischen Asylsystems.

**Egmont Institute** (21.05.2015): "The European Agenda on Migration, or, the timid beginning of a genuine common European migration policy"

<http://www.egmontinstitute.be/publication/article/the-european-agenda-on-migration-or-the-timid-beginning-of-a-genuine-common-european-migration-policy/>

**EPC** (29.06.15): "Solidarity and asylum seekers: member states agreed to disagree"

[http://www.epc.eu/documents/uploads/pub\\_5737\\_solidarity\\_and\\_asylum\\_seekers.pdf](http://www.epc.eu/documents/uploads/pub_5737_solidarity_and_asylum_seekers.pdf)

**CEPS** (01.10.15): "Can the new refugee relocation system work? Perils in the Dublin logic and flawed reception conditions in the EU"

<http://www.ceps.eu/publications/can-new-refugee-relocation-system-work-perils-dublin-logic-and-flawed-reception>

## 2. Russland und Ukraine-Krise

Obwohl die innenpolitischen Herausforderungen (wie das Thema Migration oder die Griechenlandkrise) den Krieg zwischen Russland und der Ukraine auf der tagespolitische Agenda der EU in den Hintergrund rücken ließen, blieb dieser Konflikt weiterhin ein wichtiges Thema der Brüsseler Think Tanks. Dabei wurde besonders die Bedrohung Russlands für die EU thematisiert und weniger die schwierige Situation in der Ukraine.

So warnt Salome Samadashvili in ihrem Research Paper für das Wilfried Martens Centre for European Studies Europa vor den Ausmaßen des Informationskrieges, der fundamentaler Bestandteil der hybriden Kriegsführung Russlands sei und auch auf die EU abziele. Die russische Regierung beeinflusse nicht nur auf nationaler Ebene durch Überwachung, Repression, aktive Informationsmanipulation und Propaganda seine Bevölkerung; durch „weiche“ Machtinstrumente wie der orthodoxen Kirche, verschiedener Medienkanäle und vom Kreml geförderten NGOs versuche sie außerdem die Länder der östlichen Partnerschaft von negativen Folgen einer Integration in die EU zu überzeugen. Innerhalb der EU-Grenzen verbreite der russische Staat durch TV- und Radiokanäle, Printmedien und Internet-

basierten Instrumenten wie Blogs und Publikationen sowie durch die Finanzierung verschiedener NGO-Aktivitäten Fehlinformationen und Propaganda. Problematisch sei dabei vor allem, dass dies unbemerkt geschehe und die Verbindung zum Kreml oft kaum nachvollziehbar sei. So würden bereits viele europäische Journalisten von russischer Hand verbreitete Informationen als objektive Fakten verwenden. Des Weiteren werde Russland von der linken und rechten Politikszene der EU in seinem Informationskrieg unterstützt. Beispiele hierfür seien die Front National in Frankreich sowie die Syriza-Partei in Griechenland. Um den Westen hinsichtlich dieses Themas zu sensibilisieren und gegen die aggressive Propaganda Russlands vorzugehen, entwickelt Samadashvili verschiedene Handlungsempfehlungen, die vor allem europäische NGOs und Think Tanks betreffen.

Teil der russischen Propagandastrategie ist es außerdem, die EU von ihrer Energieabhängigkeit von Russland zu überzeugen und somit vermehrt unter Druck zu setzen. Hier habe sich jedoch vieles geändert, schreibt Gerald Stand vom European Union Institute for Security Studies (EUISS) und berichtet über positive Entwicklungen im Bereich der europäischen Energiepolitik. So diversifiziere die EU durch verschiedene Projekte, wie die Ausweitung der Infrastruktur für Flüssiggas(LNG)-Importe oder den geplanten Bau des "südlichen Korridors", ihre Erdgaslieferungen zunehmend. Auch innerhalb der EU würden die Solidarität und Versorgungssicherheit der Mitgliedstaaten durch neue Verbindungsleitungen und mehr Energiespeichervolumen verbessert. Trends zugunsten der europäischen Länder, wie flexiblere Möglichkeiten der Gasgewinnung und eine stagnierende Nachfrage, begleiten diese Maßnahmen. Aufgrund des gescheiterten "South Stream"-Projekts (und der zweifelhaften angekündigten Ersatzprojekte) sowie der bis jetzt erfolglosen Verlagerung der Energieexporte nach China, habe es Russland nicht geschafft, seine dominante Position auf dem Energiemarkt weiter zu stärken. Stang schließt daher, dass Europa zwar mittelfristig weiterhin von russischen Energielieferungen abhängen werde, jedoch

von Russland politisch weitaus weniger unter Druck gesetzt werden könne.

Marek Dabrowski von Bruegel macht hingegen in seinem Bericht auf die dramatische Verfassung der ukrainischen Wirtschaft aufmerksam. Die Finanz- und Wirtschaftskrise habe sich zunehmend verschärft sowie das Geschäftsklima drastisch verschlechtert. Grund dafür seien nicht nur die wirtschaftlichen und finanzielle Verluste durch den Krieg mit Russland und die russische Invasion bzw. Besetzung, sondern auch das Ausbleiben der lange überfälligen Struktur-reformen. Dabrowski kritisiert hierbei besonders das EFF-Hilfsprogramm des Internationalen Währungsfonds, das die gleichen Fehler des vorherigen Hilfspakets wiederhole: ein zu langsames Tempo bei der Haushaltsanpassung (besonders bei wichtigen Bereichen wie den Energiepreisen und Pensionsansprüchen), die fehlende Strategie für umfassende Strukturreformen sowie ungenügend externe Finanzierung um die erwarteten Zahlungsbilanzlücke zu schließen. Letzteres und eine möglichst frühe Haushaltsanpassung seien aber notwendig, um der Ukraine finanzielle Stabilität zu gewährleisten. Die ukrainischen Reformvorhaben müssten dringend beschleunigt und besser koordiniert werden. Dabei solle die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Europäische Union, die Ukraine finanziell unterstützen, verbunden mit strengen Bedingungen und technischer Assistenz.

Auch die russische Wirtschaft ist in keiner guten Verfassung. Cameron Johnston vom European Union Institute for Security Studies (EUISS) erläutert in seinem Bericht, dass die europäischen Wirtschaftssanktionen zwar überwiegend ihre vorgegebenen Ziele verfehlen, jedoch indirekt russischen Unternehmen und langfristig der russischen Wirtschaft schaden. Der Grund für die in der Praxis andersartigen Effekte liege vor allen Dingen in der Umgehung und Kompensation der Sanktionen von Seiten des russischen Staates sowie an ihrer "Übererfüllung". In den ersten beiden Fällen könnten zwar kurzfristig die Auswirkungen der Sanktionen abgemildert, jedoch auf lange Sicht eine Destabilisierung der Wirtschaft nicht verhindert werden. Zu einer "Übererfüllung" der

EU-Sanktionen komme es dadurch, dass in vielen Fällen auch nicht betroffene russische Unternehmen unter diesen leiden. So habe zum Beispiel das verminderte Wirtschaftswachstum und das erhöhte Risiko von Sanktionen betroffen zu sein einen negativen Effekt auf die Kreditvergabe an (sämtliche) russische Unternehmen. Insgesamt, so Johnston, verlagere Putin die Auswirkungen der Sanktionen durch seine Gegenmaßnahmen nur in die Zukunft, werde sie aber mittelfristig nicht ignorieren können.

**EUISS** (13.05.2015): "Sanctions against Russia: evasion, compensation and over-compliance"  
[http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Brief\\_13\\_Russia\\_sanctions.pdf](http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Brief_13_Russia_sanctions.pdf)

**Bruegel** (12.06.15): "The Harsh Reality of Ukraine's Fiscal Arithmetic"  
<http://www.bruegel.org/publications/publication-detail/publication/881-the-harsh-reality-of-ukraines-fiscal-arithmetic/>

**Martens Centre** (16.06.15): "Muzzling the Bear: Strategic Defence for Russia's Undeclared Information War on Europe"  
[http://www.martenscentre.eu/sites/default/files/publication-files/information-warfare-europe-defence-russia\\_0.pdf](http://www.martenscentre.eu/sites/default/files/publication-files/information-warfare-europe-defence-russia_0.pdf)

**EUISS** (22.07.2015): "The bear and the beaver: Russia and European energy security"  
[http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Brief\\_22\\_energy\\_security.pdf](http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Brief_22_energy_security.pdf)

### 3. Referendum über die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU

Bei den Wahlen am 7. Mai 2015 im Vereinigten Königreich erlangten die Konservativen die absolute Mehrheit im Unterhaus. Damit wird ein Referendum über die Mitgliedschaft in der EU unumgänglich.

Während des Wahlkampfes sei die Frage nach der EU-Mitgliedschaft Großbritanniens nur Nebensache gewesen, so Gilles Merrit von Friends of Europe. Tatsächlich seien Sozial- und insbesondere Wirtschaftsthemen die zentralen Streitpunkte. Cameron verspreche eine „One Nation“ Policy, berichtet Merritt, doch ist da noch Platz für „One Eu-

rope“? Unter Druck gerate der Premierminister durch die zahlreichen Euroskeptiker in seiner Partei. Da er nur eine Mehrheit von 16 Sitzen im Unterhaus besitze, werde er auf deren Stimmen angewiesen sein. Ein „Brexit“ sei dennoch nicht unausweichlich, denn die gestärkte Position Camerons und der Umstand, dass die Tories nicht mehr auf einen Koalitionspartner angewiesen seien, lasse Europa erst einmal ein wenig Luft zum Atmen – vorerst.

Der größte Profiteur eines EU-Austritts des Vereinigten Königreiches könnte Wladimir Putin sein, konstatiert Judy Dempsey von Carnegie Europe. Nicht nur der Verlust des militärischen Gewichts Großbritanniens, sondern auch verstärkte Dissonanzen innerhalb der EU, würden eine kohärente und geschlossene Außenpolitik gegen Russland unmöglich machen. Dempsey warnt gleichzeitig aber auch die Briten, ihren Einfluss und Stärke nicht zu überschätzen. Gerade die „special relationship“ mit den USA hätte in den vergangenen Jahren stark nachgelassen. Am Beispiel des Ukraine Konfliktes sei dieser Wandel am besten zu veranschaulichen. Hier habe die deutsche Bundeskanzlerin gerade auch bei der Frage der Sanktionen gemeinsam mit dem US-Präsidenten eine Hauptrolle gespielt. Der erste Ansprechpartner für die Amerikaner in Europa sitze von nun an in Berlin und nicht mehr in London. Neben der europäischen Ebene, wäre im Fall des Brexits, die Einheit des Königreiches stark gefährdet, prognostiziert Dempsey. Durch den erdrutschartigen Sieg der SNP in Schottland im Mai bei den Unterhauswahlen sind die nationalen Bestrebungen wieder erstarkt und die pro-europäischen Schotten würden einen schnellstmöglichen EU-Beitritt anstreben.

Roland Freudenstein, Dr. Eoin Drea und Aggelos Aggelou legen in einem Papier des Wilfried Martens Centre for European Studies sechs weitere mögliche Folgen für die EU dar. 1. Die qualifizierte Mehrheit im Rat der Europäischen Union müsste durch den Wegfall von 29 Stimmen neu errechnet werden. Dies könne das Gleichgewicht zugunsten größerer Staaten verschieben. Gleichzeitig würde sich das Stimmenverhältnis von Eurogruppenmitgliedern und

Nicht-Mitgliedern zugunsten erster verändern. 2. Der liberale angelsächsische Einfluss auf den Binnenkapitalmarkt und Export als Schlüsselfaktor für Wachstum, würde zugunsten einer ordoliberalen Leitidee aus Deutschland verdrängt werden. Des Weiteren könne es durch den Wegfall des Finanzzentrums London nur kurzfristig Vorteile für die EU bringen. Der positive Effekt einer Verlagerung von Finanzinstituten von London in die EU – könne den negativen Effekt – wesentlich höhere Kosten bei Kreditaufnahme aus England – nicht ausgleichen. 3. Der größte Verlust für die EU würde im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik liegen. Um die militärischen Kapazitäten Großbritanniens wieder aufzufangen, müssten gerade Frankreich und Deutschland massiv in ihre Armeen investieren, was aufgrund der wirtschaftlichen Lage, insbesondere in Frankreich, unwahrscheinlich sei. 4. Ein weiterer Aspekt: Die Zugkraft des Vereinigten Königreiches bei weiterer Integration in Wirtschaft und Handel. Hier könnte es zu einer Verlangsamung der Reformanstrengungen kommen. 5. Ähnlich wie beim Verlust der Kapazitäten im militärischen Bereich, würde ein Brexit große Lücken in der EU allgemein hinterlassen: 12,5% Bevölkerung, 14,5% Wirtschaftsanteil und Beiträge zum EU-Budget in Höhe von 5 Milliarden € im Zeitraum von 2007-2013 würden verloren gehen. 6. Ein Austritt Großbritanniens wäre ein Rückschlag für die europäische Idee und würde einen Präzedenzfall darstellen den euroskeptische Parteien zu ihrem Vorteil ausnutzen würden.

**Friends of Europe** (23.05.2015): Europe can heave a sigh of relief as 'Brexit' recedes <http://www.friendsofeurope.org/future-europe/europe-can-heave-sigh-relief-brexit-recedes/>

**Carnegie Europe** (11.05.2015): Cameron, Brexit and Russia. <http://carnegieeurope.eu/2015/05/11/cameron-brexit-and-russia/i8fe>

**Martens Centre** (26.06.2015): Brexit: 6 ways it will fundamentally change the EU. <http://www.martenscentre.eu/sites/default/files/publication-files/brexit-six-ways-it-will-fundamentally-change-eu.pdf>

#### 4. Grexit

Durch die dramatischen Verhandlungen in der Nacht vom 12. auf den 13. Juli ist ein Ausstieg Griechenlands aus dem Euro vorerst verhindert. Die damit verbundenen Konsequenzen lassen sich nur schwer abschätzen.

Die Schließung der griechischen Börse und die Einführung der Kapitalverkehrskontrollen waren schmerzhaft, aber notwendige Schritte für die Erholung des griechischen Bankensektors. Daniel Gros und Pieter De Groen vom Centre for European Policy Studies (CEPS) versuchen eine langfristige Lösung aufzuzeigen: Die Reform des griechischen Finanzsektors. Die griechischen Banken stünden kurz vor dem Kollaps, selbst bei einem Bail-out. Die Wirtschaftsmisere führe zur fragilen Kapitalposition der Banken, die wiederum keine Kredite ausgeben. Um aus diesem Teufelskreis auszubrechen, wären drastische Maßnahmen nötig: Rekapitalisierung, bail-in und Restrukturierung großer Teile des Bankensektors. Da der griechische Staat dazu aber nicht in der Lage sei und private Investoren das Risiko scheuen würden, bliebe nur eine Alternative: Die Unterstützung müsse von europäischer Seite kommen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) oder die Europäische Investitionsbank (EIB) müssten direkte Kontrolle über die Banken erhalten, um die Restrukturierungen vorzunehmen und zu überwachen. Gleichzeitig würden spezielle ESM-Bonds Kapital hinzufügen ohne weitere Risiken für die Kreditgeber.

Judy Dempsey von Carnegie Europe dagegen untersucht die möglichen geopolitischen Konsequenzen eines Grexits.

Diese hingen entscheidend von der Reaktion Europas und der USA ab. Würden sie Griechenland nach einem Grexit vernachlässigen, könnte Athen sich einem Teufelskreis aus wirtschaftlicher Instabilität, organisierter Kriminalität und illegaler Migration ausgesetzt sehen. Gerade im Hinblick auf den westlichen Balkan habe Griechenland häufig als Stabilisator gewirkt. Diese Funktion könne dann unter Umständen wegfallen. Ein nicht zu unterschätzender Faktor seien zudem die guten diplomatischen Be-

ziehungen Griechenlands mit Ländern wie Iran, Russland und China. Auch bei einem „Grexit“ verbleibe Griechenland aber weiterhin in der EU und in der Nato. Ein Grexit müsse mithin nicht notwendigerweise zu einem geopolitischen Desaster führen.

Mit Rückblick auf die fünf vergangenen Monate identifiziert Marek Dabrowski von Bruegel fünf Lehren. 1. Griechenland hätte in beiden Fällen, ob Grexit oder Bestehen im Euro, die harten Sparmaßnahmen durchführen müssen. Die griechische Regierung hätte eine straffe Fiskalpolitik durchführen müssen um Hyperinflation zu verhindern. 2. Die Rolle von Vertrauen zwischen den Verhandlungspartner sei nicht zu unterschätzen. Die vorherigen Regierungen seien hätten bereits einen gefährlichen Weg eingeschlagen, aber Syriza habe es auf die Spitze getrieben und das Vertrauen aller, EU-Institutionen sowie Anleger, eingebüßt. Konsequenz: kein Vertrauen = keine Kredite. 3. Auch die besten Hilfsprogramme seien nutzlos, so Dabrowski, wenn sie nicht in die Praxis implementiert würden. Die Umsetzung und sich konsequent hinter die Reformen stellen - „Ownership of Reforms“ - sei essentiell. 4. Das Abhalten von Referenden sei nicht immer ein Zeichen von Stärke der Demokratie. Im Falle Syrizas war es eher ein Abgeben von Verantwortung an das Volk. 5. Eine Wiederholung der Nichtbeachtung von Regeln könne beim nächsten Mal zum endgültigen Ende der Mitgliedschaft Griechenlands in der Eurozone führen.

Die Wahl im September habe keine großen politischen Änderungen gebracht, so Cinzia Alcidi und Daniel Gros von CEPS. Syriza habe sich trotz der Sparprogrammen und Kapitalmarktkontrollen, mithilfe der rechtspopulistischen ANEL, an der Regierung halten können. Trotzdem äußern die Autoren vorsichtige Hoffnung, dass das dritte Hilfsprogramm diesmal die Kehrtwende bedeute. Die Gründe: 1. Bei den zwei vorherigen Rettungspaketen sei die Stärke der Rezession unterschätzt – der Primärsaldo war schlechter als gedacht – und die erhofften Vorteile – Exporte konnten den Kaufkraftabfall im Inland nicht auffangen – überschätzt worden. 2. Trotz des Rückgangs der Löhne in den Jahren 2010 bis 2012 um 25%, seien

die Lohnstückkosten im Verhältnis zu anderen Krisenländern nicht stärker zurückgegangen; dieses Phänomen lasse auf strukturelle Probleme schließen. Jene seien teilweise durch Reformen gelöst worden. Auch das Bankensystem könne durch die Rekapitalisierung zum wirtschaftlichen Aufschwung verhelfen. 3. Die politische Unsicherheit, die die griechische Ökonomie lange Phase gelähmt hätte, sei für absehbare Zeit gebannt.

**CEPS** (13.07.2015): Restructuring the Greek banking sector with an empty purse  
[http://www.ceps.eu/system/files/DG%20Restructuring%20Greek%20Banks\\_0.pdf](http://www.ceps.eu/system/files/DG%20Restructuring%20Greek%20Banks_0.pdf)

**Carnegie Europe** (17.06.2015): Would Grexit be a Geopolitical Disaster?  
<http://carnegieendowment.org/2015/06/17/judy-asks-would-grexit-be-geopolitical-disaster/iap8>

**Bruegel** (17.07.2015): Five Lessons on Greece  
<http://www.bruegel.org/nc/blog/detail/article/1687-five-lessons-on-greece/>

**CEPS** (21.09.2015): The Greek election and the third bailout programme: Why it could work this time round  
<http://www.ceps.eu/system/files/Commentary%20CA%20BDG%20Greek%20elections.pdf>